

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 06.05.2010

Ort: Beratungsraum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 18:35 Uhr

stellvertretender Bürgermeister Berthold Brehm
Vorsitzender:

Beschlussfähigkeit

Soll: 9 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 7 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	dienstlich
Frau Kerstin Obermeyer	sachkundige Einwohnerin	Auslandsaufenthalt
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	Urlaub

verspätetes Erscheinen

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	TOP 4.2, 16:50 Uhr, dienstlicher Termin
-------------------------	--------------	--

frühzeitiges Verlassen

Herr Peter Borm	sachkundiger Einwohner	TOP 4.2, 17:45 Uhr, Fahrt in den Urlaub
Frau Wilma Kleinertz	CDU-Ratsfraktion	TOP 4.2, 17:30 Uhr, persönliche Gründe

Stadtratsmitglieder

Frau Wilma Kleinertz	CDU-Ratsfraktion
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE
Frau Peggy Szymenderski	SPD-Fraktion
Herr Andreas Wolf	fraktionslos

stellv. Ausschussmitglied

Herr Joachim Höfler	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Walter
---------------------	------------------	------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Beckert
Herr Peter Borm
Herr Jens Heydecke
Frau Dietlind Voigt

beratend Teilnehmende

Frau Petra Liebetau	Behindertenbeauftragte
---------------------	------------------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Heidemarie Eck	Leiterin Abt. 53.02
Herr Andreas Ehrlich	Amtsleiter Amt 50
Herr Dr. Liebhard Monzer	Amtsleiter Amt 53
Frau Dr. Karin Schreiter	Sachgebietsleiterin SG 53.23
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Frau Dr. Ursula Spahn	Abteilungsleiterin Abt. 53.3
Frau Anett Rast	Sachbearbeiterin Abt. 53.02.

Schriftführerin

Frau Isabel Antkowiak	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
-----------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Brehm** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und des anwesenden Stellvertreters bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 14.01.2010
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Informationsvorlagen an den Sozialausschuss
-

- 4.1 Öffentlichkeitsarbeit des Gesundheitsamtes im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung
Vorlage: I-034/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53
-

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) stellt die Informationsvorlage vor.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) fragt, wer die Kosten der Veranstaltungen trage.

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) erklärt, dass das Kostenverursacherprinzip gelte. Damit werden die Kosten von den Vereinen getragen.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** informiert **Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53)**, dass das Gesundheitsamt keinen eigenen Ernährungsberater habe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.2 Zahlen und Fakten zur Kindergesundheit in Chemnitz/Aktuelle Ergebnisse der Untersuchungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes im Vergleich zu Vorjahren
Vorlage: I-035/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53

Frau Rast (Sachbearbeiterin Abt. 53.02) stellt die Informationsvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Dabei geht sie auf folgende Schwerpunkte ein:

- Untersuchungsquote jugendärztlicher Untersuchungen
- Ergebnisse jugendärztlicher Schulaufnahmeuntersuchungen
- Ergebnisse jugendärztlicher Reihenuntersuchungen 2. Klasse
- Ergebnisse jugendärztlicher Reihenuntersuchungen 6. Klasse

Herr Bürgermeister Brehm fragt nach dem Grund der Steigerung der Sprachauffälligkeit von 30,8 % bei Kita-Untersuchungen auf 37,5 % bei Schuleingangskindern. Gleiches sei auch bei der Fein- und Grobmotorik zu erkennen.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) informiert, dass sich der Sprachtest bei einer Kita-Untersuchung von dem Sprachtest einer Einschulungsuntersuchung unterscheide. Gleiches gelte auch für die Fein- und Grobmotorikuntersuchungen. Ein Vergleich sei nur innerhalb der untersuchten Altersgruppe aussagefähig.

Herr Bürgermeister Brehm gibt zu bedenken, dass die Statistik von der Öffentlichkeit genutzt werde. Ohne Erklärung des Anstieges könnten falsche Rückschlüsse gezogen werden. Aus diesem Grund empfiehlt **Herr Bürgermeister Brehm**, zukünftig für bestimmte Ergebnisse Erklärungen beizufügen.

Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion) fragt nach dem Grund des Absinkens der Sprachauffälligkeit bei Schuleingangskindern im Vergleich zu Kindern der 6. Klasse. Bezugnehmend auf die Veranstaltung mit Frau Prof. Sasse interessiere Frau Szymenderski, ob man darüber nachdenke, den Standardtest zu Sprachauffälligkeiten zu überarbeiten.

Herr Bürgermeister Brehm bemerkt, dass der Zusammenhang in der Veranstaltung mit Frau Prof. Sasse ein anderer gewesen sei.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) erklärt, dass der Entwicklungsstand eines Kindes zur Einschulungsuntersuchung nicht vergleichbar mit dem eines Kindes in der 6. Klasse sei. Viele Sprachauffälligkeiten geben sich im Alter von 6 bis 12 Jahren. Hinzu komme, dass die Einschulungsuntersuchung von der Untersuchung in der 6. Klasse abweiche.

Herr Bürgermeister Brehm bittet auch diesen Unterschied in der Übersicht zu vermerken. Anschließend erinnert **Herr Bürgermeister Brehm** an das Gespräch mit Frau Prof. Sasse. Hintergrund des Gespräches sei der Rückgang der Schülerzahl im Sprachheilschulbereich gewesen. Mit der UN-Charta müsse man sich die Frage stellen, wie viel Integration und Inklusion im Sinne des Kindes möglich sei. Frau Prof. Sasse habe am Beispiel des Förderschulsystems von Thüringen nachgewiesen, dass die Sprachauffälligkeit vor allem in Gebieten mit bestehenden Förderschulen auftrete.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) dankt für die quantitative Analyse. Sie bittet jedoch bei einer nächsten Information in dieser Art zum besseren Verständnis, medizinische Ausdrücke zu erklären. Frau Dr. Becherer stellt die Frage nach der Hauptaussage des Dokumentes, damit deutlich werde, was der Chemnitzer Stadtrat durch diese Analyse vorantreiben solle.

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) erklärt, dass die Begriffe der Analyse als Vorgabe vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales zu nutzen seien. Es handle sich hierbei um ein Pflichtprogramm von Untersuchungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes ohne Chemnitzer Varianz. Als Hauptaussage solle man dieser Informationsvorlage entnehmen, dass die Stadt Chemnitz darauf achten müsse, wie es um die Kindergesundheit in der Stadt stehe.

Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte) kommt noch einmal auf das Problem der Sprachstörungen zurück. Vor dem Hintergrund des anderen Aufwachsens der Kinder sei es notwendig, die Untersuchung sowie die Norm der Feststellung anzupassen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, was die in der Vorlage aufgeführte Aussage „kein Angebot“ bedeute. Außerdem fragt sie nach der Definition der Sprachauffälligkeit, den sachsenweiten Vergleichswerten bei Förderschülern und den Gründen der Verweigerung einer Untersuchung. Des Weiteren bittet Frau Schaper um Information, ab wann Übergewicht in Fettleibigkeit umschlage. Anschließend bemerkt sie kritisch, dass eine Legende zur Präsentation fehle. Trotzdem sei es wichtig, dass den Stadträten zu diesem Thema eine Analyse vorgelegt wurde.

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) erklärt, dass unter der Aussage „kein Angebot“ zu verstehen sei, dass die Kapazitäten im Gesundheitsamt nicht ausreichen, um die Pflichtuntersuchungen zu untersetzen.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) fügt hinzu, dass man bei einem Gewicht von mehr als 90 % des Gewichtes der Altersklasse entsprechend von Fettleibigkeit spreche. Anschließend informiert Frau Dr. Spahn, dass das Gesundheitsamt bei der Einschulungsuntersuchung für einen gewissen Prozentsatz eine Rückstellungsempfehlung oder eine Förderschulempfehlung ausspreche. Die endgültige Entscheidung über die Einschulung treffe jedoch der entsprechende Schulleiter. Erst dann erfolge eine weitere Förderung. Im vergangenen Schuljahr seien ca. 5,9 % der Kinder in eine Förderschule eingeschult worden. Sachsenweit liege der Durchschnitt bei 5,1 %.

Herr Beckert (sachkundiger Einwohner) fragt, ob die Kinder mit Behinderung in die Statistik aufgenommen wurden und ob die Ergebnisse der Untersuchung der Kinder in der 6. Klasse im Hinblick auf die verschiedenen Schularten unterschiedlich seien.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) informiert, dass die Untersuchungsverweigerung im Kindergarten entweder daraus resultiere, dass die Eltern der Kinder die Untersuchung ablehnen oder die Kinder selber nicht mitmachen. In der 2. und 6. Klasse seien die Schulleiter dafür verantwortlich, dass die Eltern die entsprechenden Unterlagen einer Untersuchung durch den Hausarzt beibringen, falls sie eine Schuluntersuchung der Kinder verweigern. Kinder mit Behinderung seien nur indirekt in der Statistik aufgeführt. Außerdem habe man Kinder und Jugendlichen in allen Schularten untersucht.

Zur Frage von **Herrn Beckert (sachkundiger Einwohner)** nach dem Untergewicht der Kinder in Kindertagesstätten nimmt **Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3)** Stellung.

Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion) stellt fest, dass 7,9 % von den 1.632 Schulanfängern der Stadt Chemnitz im Schuljahr 2008/2009 keine Grundschulempfehlung erhalten haben. In diesem Zusammenhang bittet er um Auskunft, ob das Gesundheitsamt oder der betreffende Schulleiter die Einschulung abgelehnt habe.

Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53) erklärt, dass der Kinder- und Jugendärztliche Dienst nur eine Empfehlung zur Nichteinschulung aussprechen könne. Die Entscheidung über die Aufnahme an einer Schule treffe der betreffende Schulleiter. Hinzu kommen außerdem noch die Rückstellungen mit dem Hintergrund, dass zunehmend mehr Eltern einschätzen, dass ihr Kind für den Schulalltag noch nicht bereit sei.

Herr Bürgermeister Brehm fügt hinzu, dass die meisten Statistiken die Geburtenzahlen widerspiegeln. Rückstellungen seien dabei nicht berücksichtigt.

Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion) gibt zu bedenken, dass Vergleichsdaten aus anderen Bundesländern hilfreich seien, um aus der Statistik die richtigen Rückschlüsse ziehen zu können. Frau Szymenderski fragt nach, wie damit umgegangen werde, den Test zur Feststellung von Sprachauffälligkeiten den heutigen Gegebenheiten anzupassen.

Zur Frage von **Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion)** nach den möglichen Konsequenzen, wenn die Eltern die Schuluntersuchung ihres Kindes verweigern und auch nicht den Nachweis der Untersuchung durch den Hausarzt beibringen, erläutert **Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3)**, dass die Schulleiter in der Pflicht zur Kontrolle stehen. Als nächste Konsequenz folge ein Bußgeld.

Herr Bürgermeister Brehm werde das Thema in einer der nächsten Schulausschusssitzungen zur Vertiefung aufgreifen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erinnert an ihre Frage nach der Definition der Sprachauffälligkeit. Sie fragt nach dem Prozentsatz der Kinder, die letztendlich eine Sprachheilschule besuchen. Außerdem möchte Frau Schaper wissen, wie oft eine Empfehlung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes zur Einschaltung eines Schulpsychologen erfolge.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) erklärt, dass es zur Feststellung der Sprachauffälligkeit drei Untersuchungen gebe. Nach einer klaren sachsenweiten Punktevergabe werde dann eine Empfehlung durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst ausgesprochen. Der Schulpsychologe komme dann zum Einsatz, wenn das Gefühl auftrete, dass das Kind eine Lernbehinderung haben könnte.

Zum Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Schul- und Sozialausschusses von **Frau Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** antwortet **Herr Bürgermeister Brehm**, dass er sich diese Möglichkeit erst einmal offen lassen möchte.

Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos) fragt, ob ein Vergleich zwischen den Schulen mit besonders hohen Befundzahlen angestellt werden könne.

Frau Dr. Spahn (Abteilungsleiterin Abt. 53.3) bestätigt, dass es in der Stadt Chemnitz Schwerpunktschulen gebe und nennt einige Beispiele.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 4.3 Zur Situation von HIV/AIDS und sexuell übertragbaren Erkrankungen (STD) in Chemnitz
Vorlage: I-036/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53
-

Frau Dr. Schreiter (Sachgebietsleiterin SG 53.23) informiert zur Situation von HIV/AIDS und sexuell übertragbaren Erkrankungen in der Stadt Chemnitz anhand einer PowerPoint-Präsentation. Dabei geht sie auf folgende Schwerpunkte ein:

- Epidemiologie
- gesetzlichen Grundlagen
- Versorgungssituation in Chemnitz

Abschließend appelliert Frau Dr. Schreiter dazu, die erfolgreichen Präventionsstrategien der Stadt Chemnitz aufrechtzuerhalten.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) bedankt sich für die hervorragende Präsentation.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) gibt zu Protokoll, dass sie den eben gehörten Vortrag sehr wohltuend gegenüber dem Vortrag der ersten Referentin zum Thema Kindergesundheit hervorhebe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 5 Informationsvorlage an den Stadtrat
-

- 5.1 Finanzcontrolling per 31.12.2009 einschließlich Abrechnung des 2. HSK
Vorlage: I-025/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht **kein Informationsbedarf**.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6 Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)
-

Herr Ehrlich (Amtsleiter Amt 50) informiert über die Umsetzung der Maßnahme der Sanierung des Hauses Altendorfer Straße 98. Hier seien brandschutztechnische Nachbesserungen notwendig gewesen. Man rechne noch im Monat Mai mit dem Baubeginn.

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht **kein Informationsbedarf** seitens der Verwaltung.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion) äußert sich kritisch über den Ausfall der letzten Sitzung des Sozialausschusses. Sie schlägt vor, das Thema Suchtkrankenhilfe im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Kürzungen auf Landesebene in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses zu behandeln. Außerdem fragt Frau Szymenderski nach den Veränderungen ab April 2010 bei der Schuldnerberatung.

Herr Bürgermeister Brehm sagt, dass Frau Bürgermeisterin Lüth über die Behandlung des vorgeschlagenen Tagesordnungspunktes entscheiden werde.

Herr Ehrlich (Amtsleiter Amt 50) informiert, dass über die Verträge lang verhandelt wurde. Die Anlaufschwierigkeiten seien weitestgehend ausgeräumt. Eine umfassende Erläuterung zur Frage liege bereits im Antwortschreiben auf eine Stadtratsanfrage von der ehemaligen Stadträtin Frau Giegengack vor.

Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion) möchte wissen, ob die Mitglieder des Sozialausschusses zu diesem Thema in einer der nächsten Sitzungen Unterlagen ausgereicht bekommen können. Durch die vorgesehene Übernahme der Bewilligungen durch die ARGE habe sie gehört, dass dies eine Überlastung zur Folge habe.

Herr Bürgermeister Brehm verweist auch zu diesem Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Ausschusssitzungen. Frau Bürgermeisterin Lüth werde die Behandlung prüfen.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass sie eine Anfrage zu den Auswirkungen der verlängerten Haushaltssperre im Bereich des SMS auf die Erfüllung der städtischen Aufgaben stellen werde.

8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE)** und **Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion)** bestimmt.

* * *

Herr Bürgermeister Brehm schließt die Sitzung.

12.05.2010
Datum
gez. Brehm
Brehm
stellv. Vorsitzender
des Ausschusses

17.05.2010
Datum
gez. Pastor
Pastor
Mitglied
des Ausschusses

17.05.2010
Datum
gez. Szymenderski
Szymenderski
Mitglied
des Ausschusses

11.05.2010
Datum
gez. Antkowiak
Antkowiak
Schriftführerin